
Kooperation und Konkurrenz

Alice Teichova, Herbert Matis (Hrsg.),
Österreich und die Tschechoslowakei
1918-1938. Die wirtschaftliche
Neuordnung in Zentraleuropa in der
Zwischenkriegszeit (Studien zur
Wirtschaftsgeschichte und
Wirtschaftspolitik, Bd. 4), Böhlau Verlag,
Wien 1996, 420 Seiten, öS 636,-.

Lange Jahre hat sich die österreichische Zeitgeschichtsforschung vor allem mit den deutsch-österreichischen Beziehungen befaßt. Der Zusammenbruch des Ostblocks wirkte als "externer Schock", mit der Folge, daß diese Deutschlandzentriertheit zugunsten der Beschäftigung mit dem MOE-Raum aufgegeben wurde. Gerade die Etablierung neuer Staaten auf dem ehemaligen Monarchiegebiet mußte dabei eine besondere Faszination auslösen. So ist es nicht verwunderlich, daß es zu einem raschen Anschwellen rezenter Literatur und Forschungsprojekte kam. Der vorliegende Band ist das Ergebnis eines solchen Forschungsprojektes zur wirtschaftlichen Rolle Österreichs in Mitteleuropa in der Zwischenkriegszeit. Der Schwerpunkt der elf, meist von einem tschechoslowakisch-österreichischen Autorenpaar verfaßten Beiträge liegt auf dem Vergleich der Wirtschaftsentwicklung Österreichs und der Tschechoslowakei und den bilateralen Beziehungen.

Zunächst beschreibt Z. Jindra den "wirtschaftlichen Zerfall Österreich-Ungarns" anhand der Berichte des „reichsdeutschen“ (1) Bevollmächtigten in Wien, Ludwig Freiherr von Nordeneck zu Rabenau, aus den Jahren 1916 bis 1918. Es erscheint nicht unproblematisch, den ökonomischen Niedergang der Monarchie allein auf der Basis von

Diplomatenberichten zu beschreiben. In gewisser Weise wird dies von K. Bachinger und V. Lacina ausgeglichen, die sich mit den wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen in Österreich und der Tschechoslowakei befassen und mit dem Stand der Forschung weitestgehend vertraut machen (S. 51 – 90). Allerdings hätte man sich ein Eingehen auf die jüngeren Einkommensberechnungen von David Good (2) gewünscht. Interessant am Beitrag von Bachinger und Lacina ist die Würdigung jener Probleme, die sich etwa für die Tschechoslowakei daraus ergaben, daß sie mit dem ungarischen und dem österreichischen Rechtssystem zwei unterschiedliche rechtliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaft hatten, welche die Integration des tschechischen und des slowakischen Landesteiles erschwerten. Bei der Rechtsvereinheitlichung gingen die Prager Zentralstellen i. d. R. so vor, daß sie die altösterreichischen Rechtsnormen in nur wenig modifizierter Form auf das gesamte Gebiet des neuen Staates ausdehnten.

Die Beiträge von K. Bachinger und V. Lacina und von F. Butschek und V. Prucha (S. 309 – 328) streichen die deutlich unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung der beiden industrialisierten Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns heraus, die das besondere Interesse am Vergleich Österreichs und der Tschechoslowakei mitbegründet. Letztere behielt während der gesamten zwanziger Jahre gegenüber Österreich einen "Wachstumsvorsprung" (S. 84 ff.). Der Tschechoslowakei gelang diese positive Wirtschaftsentwicklung, obgleich sie die Integration der zurückgebliebenen Slowakei und der entwickelten Industriezonen bewältigen mußte. Die wirtschaftliche Integration der Landesteile traf auf vielfältige Schwierigkeiten, die nicht nur durch den unterschiedlichen Modernisierungsgrad verursacht wurden, sondern auch durch die differierenden, ehemals in der Doppelmo-

narchie nebeneinander bestehenden Normierungen und Institutionen. Dazu gehörten die Rechtssysteme, das Bank- und Versicherungswesen sowie die Infrastruktur. Diese den neuen Anforderungen anzupassen, war von wesentlicher Bedeutung. Folgt man den einzelnen Beiträgen, so kann man für diesen Bereich eine eher positive Bilanz ziehen. Daß die institutionelle und wirtschaftliche Konsolidierung der Tschechoslowakei durchaus pragmatisch angegangen wurde, zeigt Jakubec's Beitrag über "die Regelung der Verkehrsfragen" (S. 91-112).

J. Novotný, J. Šouša und D. Verdonk ziehen einen Vergleich zwischen der Kreditpolitik des Wiener Bankvereins und der Živnostenská banka (S. 235 - 252). Die Kreditpolitik des Bankvereins zielte auf die Weiterführung seiner traditionellen Kreditbeziehungen vor allem zu Ungarn, Rumänien und Jugoslawien, wie wir dies auch von anderen Wiener Banken kennen. (3) Dagegen konzentrierte sich die Živnostenská banka auf das Inlandsgeschäft. Allerdings kommen die Autoren zu dieser Schlußfolgerung allein auf der Basis der Anzahl der gewährten Kredite. Eine abschließende Würdigung des Auslandskreditgeschäfts der beiden Banken kann aber wohl erst nach der Einbeziehung der jeweiligen Kreditvolumina und -konditionen erfolgen. Dies gilt auch für die Bewertung der Kreditverteilung nach Branchen. (4) Auch hier operieren die Autoren nur mit der Zahl vergebener Kredite, über Kredithöhen und -konditionen erfahren wir auch hier nichts. Daß sich "in den Kreditbeziehungen der beiden Banken zu den verschiedenen Industriebranchen ... die jeweiligen wirtschaftlichen Herausforderungen und Strukturprobleme" spiegeln (S. 252), mag richtig sein. Aber um dies tatsächlich beurteilen zu können, müßten wir zunächst noch etwas über die Summen, mit denen gehandelt wurde, und über die jeweilige Konzern-

struktur erfahren. Ohne diese Informationen können die allgemeine wirtschaftliche Lage und Verpflichtungen aus der Konzernstruktur als Einflußfaktoren auf die Kreditpolitik nicht hinreichend gewichtet werden. Ein deutlicher Unterschied im Geschäftsgebaren erschließt sich jedoch aus der dargelegten Deckung des jeweiligen Kreditgeschäfts: Während die Živnostenská banka in den zwei präsentierten Stichjahren eine Kreditdeckung von über 90 Prozent aufweisen konnte, arbeitete der Bankverein mit deutlich geringerer Deckung. Auf ein vergleichbares Geschäftsgebaren bei der Creditanstalt hat 1991 A. Schubert in einer auf hohem analytischem Niveau stehenden Studie über die Ursachen der Creditanstalt-Krise von 1931 hingewiesen.

F. Butschek und V. Prucha ('Einkommensniveau und Wirtschaftsstruktur in der Zwischenkriegszeit') arbeiten die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung in beiden industriellen Nachfolgestaaten der Monarchie und deren Ursachen deutlich heraus: Obgleich die CSR einen wirtschaftlich unterentwickelten Landesteil zu integrieren hatte, konnten gegenüber der Vorkriegszeit deutliche Wohlstandssteigerungen realisiert werden. Dagegen konnte Österreich bis 1937 nicht einmal das Einkommensniveau des Jahres 1913 erreichen. Diese Malaise drückte sich in hohen Arbeitslosenzahlen und rückläufigen Investitions- und Exportquoten aus. Ursächlich für die schlechte Performance war, daß Österreich durch den Ersten Weltkrieg und den Zerfall der Monarchie weitaus stärker als andere europäische Industriestaaten in seinem Produktionsniveau zurückgeworfen worden war. Als wachstumshemmend wirkten sich nach dem Krieg jene von Felix Butschek an anderer Stelle (5) aufgezählten Faktoren aus: vor allem die Fehlentwicklungen im österreichischen Bankensystem, die Wechselkursentwicklung und die deut-

lichen Verschiebungen bei der Verteilung des Volkseinkommens zugunsten der Löhne und des Staates, welche in der Unternehmerschaft zu pessimistischen Zukunftserwartungen und entsprechender Zurückhaltung führten. Dagegen konnte die Tschechoslowakei mit im Vergleich zu Österreich niedrigeren Lohnkosten aufwarten, und die Industrie erlebte seit Beginn der zwanziger Jahre einen Modernisierungsschub. Diese Faktoren begünstigten neben adäquateren Betriebsgrößen die internationale Konkurrenzfähigkeit der Tschechoslowakei, die ihre Exporte in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre um ein Fünftel steigern konnte, während Österreich sich mit 11% begnügen mußte (S. 89).

Von Bedeutung für das Verhältnis der beiden Staaten waren auch die Perspektiven für die Entwicklung der Handelsbeziehungen und Initiativen zur wirtschaftlichen und politischen Reintegration Zentral- und Südosteuropas. A. Resch und Z. Sládek ('Integrations- und Desintegrationstendenzen. Die Handelsbeziehungen 1921 - 1937'; S. 255-308) führen bereits vorliegende Studien zu den tschechoslowakisch-österreichischen Handelsbeziehungen zeitlich bis 1937 fort. (6) Sie bestätigen jene These, daß nach dem Ersten Weltkrieg trotz des Aufbaus nationaler Volkswirtschaften und deutlicher Abgrenzungstendenzen noch ein hohes Maß an ökonomischer Integration bestanden hat, die erst im Gefolge der Weltwirtschaftskrise einen deutlich wahrnehmbaren Einbruch erlebte. Bestätigt wird von den Verfassern auch der schon von Zeitgenossen diagnostizierte starke Rückgang beim Außenhandelsvolumen, was sich ja besonders für die österreichische Wirtschaft negativ auswirkte.

In nationalstaatlichen Kategorien gedacht, mußte sich aus den neuen staatlichen und wirtschaftlichen Strukturen auch ein außenwirtschaftliches Konkur-

renzverhältnis entwickeln. Im Verhältnis zwischen den beiden Ländern stellte sich aber sehr bald ein Pragmatismus ein, der weder Konkurrenz noch Kooperation ausschloß. Die Verquickung dieser beiden Strategien zeigt sich in der tschechoslowakischen Kreditpolitik gegenüber Österreich, die in einem lesenswerten Beitrag von P. Berger, J. Novotný und J. Šouša entfaltet wird (S. 169 - 210). Prag, das sich bei den Kreditaktionen für Österreich stärker engagierte, als es die Größe des Landes erwarten ließ, verfolgte hier v.a. zwei Ziele: ein größeres Gewicht unter den Völkerbundmächten und eine Umkehrung der ökonomischen Kräfteverhältnisse. Der Zugriff des Wiener Finanzkapitals auf die mährische und böhmische Industrie sollte beseitigt, umgekehrt die österreichische Industrie unter eigene Dominanz gebracht werden. Pragmatismus kennzeichnete auch den Aufbau eines eigenen tschechoslowakischen Versicherungswesens. Hier setzte sich eine "pragmatische Auslegung des nationalen Interesses" durch. So wurde den österreichischen Unternehmen soviel Bewegungsfreiheit gelassen, daß sie zu "heimlichen Partnern" beim Aufbau eines eigenen tschechoslowakischen Versicherungswesens avancierten. (M. Marvan und A. Mosser, 'Die Neuordnung der versicherungswirtschaftlichen Beziehungen, 1918 bis 1927', S. 229).

Jančík und Matis stellen mit ihrem profunden Beitrag über "mitteleuropäische Wirtschaftskonzeptionen in der Zwischenkriegszeit" (S. 329-387) die bilateralen Betrachtungen in diesem Buch in einen gesamteuropäischen Kontext. Sie vertreten die These, daß der Gedanke einer Donauföderation in den späten zwanziger Jahren bei den Agrarproduzenten in Mitteleuropa auf Resonanz stieß, nachdem er zuvor von allen Sukzessionsstaaten vehement bekämpft worden war. Das retardierende Element auf dem Weg zu einer

Konsolidierung des MOE-Raumes sei in erster Linie der Unwillen der großen westlichen Industriestaaten gewesen, ihre Märkte für die mit den Weltmarktpreisen nicht konkurrenzfähigen Getreideexportländer Ostmitteleuropas zu öffnen. Dieses Dilemma habe sich die deutsche Politik mit ihrer Expansionsstrategie zunutze gemacht. Der Befund, daß "der komplexe Zusammenhang von Finanzfragen, Verkehrs-, Absatz- und Produktionsproblemen und Zollpolitik mit der Politik der europäischen Großmächte" die Lösung der "mitteleuropäischen Frage" so schwierig gemacht habe (S. 387), ist wohl zutreffend. Aus den Aufsätzen von Jančík und Matis sowie Berger, Novotný, Šouša wird aber auch klar, wie wichtig adäquate internationale Institutionen, wie sie gegen Ende des Zweiten Weltkriegs und danach geschaffen worden sind, für die wirtschaftliche Entwicklung Europas nach 1918 gewesen wären.

Jürgen Nautz

Anmerkungen

- (1) Den Rezensenten wundert die Titulierung „reichsdeutsch“ nicht wenig.
- (2) Erstmals: *The Economic Lag of Central and Eastern Europe: Evidence from the Late Nineteenth-Century Habsburg Empire* (=Center for Austrian Studies, Working Paper 93-7, Minneapolis 1993).
- (3) Vgl. z.B. Schubert, Aurel, *The Credit-Anstalt Crisis of 1931* (Cambridge 1991); Eigner, Peter; Weigel, Andreas, *Außer Streit* gestellt. Die österreichische Postsparkasse als Modell geldwirtschaftlicher Integration Mitteleuropas 1883-1938 (Wien 1992).
- (4) Interessanterweise rubrizieren in diesem Beitrag auch Transport, Banken und Landwirtschaft als Industriebranchen. Siehe Tabelle 5, S. 243.
- (5) Butschek, Felix, *Vom Konflikt zur Konsensorientierung. Die Kammer für Arbeiter und Angestellte und die Wirtschaftspolitik Österreichs 1920-1995* (Wien 1996) 39 ff.
- (6) Der auf S. 255 genannte deutsche Anteil an den österreichisch-ungarischen Exporten von „gegen 30 Prozent“ ist deutlich zu niedrig. Vgl. Tessner, Magnus, *Der Außenhandel Österreich-Ungarns von 1867 bis 1913* (Köln 1989), nennt 41,7% (Tabelle 18, S. 94).